

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.
Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.
Fernsprecher 21 22 62.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Volles Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeiten

In verschiedenen Fällen haben die Arbeiter und Angestellten, oder die Betriebsräte, unter Zustimmung der Gewerkschaften ihr Einverständnis zu einem Lohn- oder Gehaltsabbau gegeben. In anderen Fällen, wie bei der Manstett AG., haben sie sich entschieden geweigert, ihre Zustimmung zu geben. Fast ohne Ausnahme handelte es sich aber nicht um tariflich vereinbarte Zeitlöhne oder festbestimmte Zulagen, sondern um die Neufestsetzung von Akkordlöhnen für einzelne Arbeiter oder sogenannten Gruppenaktfordern.

Während nun bei Zustimmung mit der Anerkennung „volles Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeiten“ zu bekunden nicht gezeugt wird, hagelt es im zweiten Falle mit Vorwürfen auf die Gewerkschaften nur so hernieder. Beides, Lob und Tadel, müssen die Gewerkschaften ablehnen. Wenn in einem Konzern Fehlinvestitionen stattgefunden haben, die Produktionskapazität 40, 50 und mehr Prozent über die Absatzmöglichkeit liegt, oder durch Verkauf des Anteils (Quote) ein Konzernwert stillgelegt werden soll, ist dieses doch keine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Erst dadurch, daß die Arbeiterschaft vor die Alternative gestellt wurde, entweder Lohnkürzungen in Kauf zu nehmen, oder aber durch Stilllegung des Werkes arbeitslos zu werden, haben sie der Lohnkürzung zugestimmt, weil in diesem Falle sich das Kapital bei Wahrung seiner Interessen als der Stärkere zeigte.

Die unter dem Zwange der obwaltenden Machtverhältnisse gegebene Zustimmung zum Lohnabbau zu einem „besseren Verständnis für volkswirtschaftliche Notwendigkeiten“ zu stempeln, ist doch nichts anderes wie der Arbeiterschaft zu unterstehen, daß sie Fehlinvestitionen im großen Umfange, Kapitalflucht der Unternehmer, Mißbrauch der Kartelle, Quotenhandel mit dem Ziel von Betriebsstillegungen, die Boranstellung von Kapitalinteressen über das Wohl der Gesamtheit, als volkswirtschaftliche Notwendigkeiten anerkannt. Jedenfalls zeigt eine Auffassung, die verlangt, daß in erster Linie das Kapital, auch selbst für die gemachten Sünden, aufkommen soll, die Kaufkraft für notwendige und nützliche Gebrauchsgüter schonen will, mehr Verständnis für volkswirtschaftliche Notwendigkeiten, wie jene, die das gesamte Risiko der Wirtschaft auf jenen Teil seiner Träger abladen wollen, der keinen mitbestimmenden Einfluß auf den Gang der Wirtschaft und in ihrer Gesamtheit auch keinen Anteil an dem Gewinn hat.

Im einzelnen konkreten Falle mögen die Verhältnisse so liegen, daß die Arbeiterschaft den Lohnabbau als das kleinere Übel wählen und den ihnen aufgezwungenen Kampf ausweichen. Nicht weil sie die Notwendigkeit einer Lohnkürzung einsehen, sondern weil sie einen Wirtschaftskampf, der in dieser Zeit ein Unglück für die gesamte Wirtschaft sein würde, verhüten wollen, bekunden sie ein weit-

gehendes Verständnis für volkswirtschaftliche Notwendigkeiten.

Mit dieser Stellungnahme steht der Wille der Gewerkschaften, unter keinen Umständen einen allgemeinen Abbau der Reallöhne zu dulden, nicht in Widerspruch. Mit einem Abbau der Reallöhne wird keine zusätzliche Kaufkraft geschaffen, sondern lediglich eine Verschiebung derselben zugunsten der heute schon bevorzugten Volksteile erreicht. Aus sozialen, kulturellen und staatlichen Gesichtspunkten kann dem nicht zugestimmt werden. Mit Recht sagte daher auch der Reichsarbeitsminister Stegerwald im Reichstage: „Einer Senkung der Reallöhne auf breiter Front müßte ich mich nachdrücklich widersetzen.“

Einen Ausweg, die Wirtschaft wieder zu beleben, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, gibt es daher nur durch Senkung der Preise. Hierfür muß aber zunächst das Kapital Opfer bringen, die sich aber durch Verminderung der öffentlichen und Soziallasten und verstärkter Produktion bald wieder ausgleichen würden.

Mehr Einsicht in die Notwendigkeiten der Wirtschaft sollte nicht den Arbeitern, sondern den übrigen Volksschichten gepredigt werden. Nicht nur gepredigt, sondern nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht. Seit Jahren schon versucht das Kapital, um sich an den Steuern vorbeizudrücken, ins Ausland zu fliehen. Die Gesamtsumme des geflüchteten Kapitals wird auf 8 bis 12 Milliarden geschätzt. Nachgewiesenermaßen gehören auch ansehnliche deutsche Firmen und Industriekonzerne zu diesen Deserteurern. Die deutsche Wirtschaft hat gewiß nicht zuviel Betriebskapital, wie der hohe Zinssatz zeigt. Trotzdem wird dieser Wirtschaft noch Kapital entzogen, ins Ausland verschoben, um dann als teurer „ausländischer“ Kredit nach Deutschland zurückzukommen. Nicht von heute auf morgen hat diese Verschiebung stattgefunden, sondern schon jahrelang. Warum hat — so ist man berechtigt zu fragen — die Regierung Müller mit dem Sozialisten Hilferding als Finanzminister, und Bissels als Arbeitsminister, die doch zwei Jahre lang am Ruder war, dieses, wenn notwendig mit drastischen Mitteln nicht verhindert? Warum hat nicht die nämliche Regierung der Verschwendung von deutschem Kapital durch das Ministerium des Auswärtigen einen Riegel vorgeschieben? Zeit genug hat doch die Regierung Müller dazu gehabt.

Unter diesen Umständen verschone man die Arbeiterschaft mit Lob und Tadel wegen ihrer Haltung zu volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, die von dem denkenden Teil doch als eine Verhöhnung aufgefaßt werden muß. Würde von den anderen Schichten nur ein kleiner Teil jener Einsicht in das Gebot der Stunde bekundet, nur ein Teil des Opferwillens sichtbar werden, den die Arbeiterschaft durch die Tat bekundet, stände es in der deutschen Wirtschaft auch ohne Lohnabbau bestimmt besser.

Beseitigung des Mißbrauchs, oder Abbau der Sozialversicherung

Infolge der starken Veränderung unserer gesamten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch den Krieg und seine Folgen ist die Zahl derjenigen Menschen, die der Gefahr ausgesetzt sind, hilfsbedürftig zu werden, erheblich gewachsen. Die für die Gesamtheit wie für den einzelnen vorteilhafteste Art der öffentlichen Fürsorge ist die Einbeziehung in die staatliche Sozialversicherung. Versicherungszwang bedeutet zwangsweises Sparen für die Tage der Not und das gegenseitige Einstehen der durch Stand, Beruf und Schicksal natürlich Verbundenen. Mit der anwachsenden Zahl der von der Hilfsbedürftigkeit Bedrohten mußte daher auch der Kreis der von der Versicherungspflicht Erfassten sich vergrößern.

Heute sind bei einer Gesamtbevölkerung von 63,2 Millionen mehr als 35 Millionen Deutsche direkt oder mittelbar von der Sozialversicherung erfasst. Rund 21 Millionen sind unmittelbar in den verschiedenen Versicherungsinstitutionen als Versicherte zu zählen, während rund 14 Millionen als Familienangehörige der Versicherten mittelbar Anspruch auf Fürsorge haben.

Die Gesamtausgaben der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung (ohne Arbeitslosenversicherung) betragen im Jahre 1925 2,4 Milliarden, im Jahre 1928 rund 3,9 Milliarden Mark. Die Gesamteinnahmen dieser Versicherungen betragen 1925 2,8 Milliarden und 1928 4,5 Milliarden Mark.

So erfreulich der Wiederaufbau der im Kriege und in der Inflation fast vollständig zusammengebrochenen Sozialversicherung ist, die Erhöhung der Beiträge hat eine Belastung der Wirtschaft, und insbesondere der Arbeitnehmer, gebracht, die recht oft drückend empfunden wird. Im Durchschnitt beträgt der Beitrag zur Krankenkasse 6,3 Prozent, zur Invalidenversicherung 4 Prozent, zur Arbeitslosenversicherung nach den neuen Vorschlägen 4½ Prozent des Lohnes. Hiervon hat der Arbeitnehmer allein 8,45 Prozent zu zahlen. Mit dem gleichen Betrag oder noch einem etwas höheren Betrag werden die Arbeitgeber, die die Beiträge zur Unfallversicherung allein zu tragen haben, belastet. Zu dieser Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kommen noch die verschiedenen Zuschüsse des Reiches, die im Jahre 1928 350 Millionen Mark betragen.

Insgesamt kann heute die Gesamtbelastung der Wirtschaft mit sozialen Aufwendungen, einschließlich der Arbeitslosenversicherung und Versorgung der Kriegsoffer (Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und Aufwendungen des Reiches und der Gemeinden) auf rund 6 Milliarden Mark jährlich geschätzt werden, gleich 10 Prozent des gesamten Volkseinkommens. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die großen städtischen Krankenkassen nicht mit einem Beitrage von 6,3 Prozent des Grundlohnes auskommen können und bis zu 8—10 Prozent gehen müssen, vielfach noch für den Familienvater die Notwendigkeit besteht, sich zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Familie in einer zweiten Klasse zu versichern (Zuschüsse, Gewerkschaftsunterstützungseinrichtungen) muß heute der deutsche Arbeiter, einschließlich der Lohnsteuer, praktisch auf die freie Verwendung von 15—20 Prozent seines eigentlichen Lohnes verzichten. Ueber diesen Teil hat er das freie Verfügungsrecht verloren. Trotzdem wird er bereit sein, diese Opfer zu bringen, da er bei den jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse keine andere Möglichkeit sieht, sich bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit ein Existenzminimum zu sichern.

Einem Abbau der Sozialversicherung wird er daher immer wieder einen starken Widerstand entgegenzusetzen. Anders dagegen wird seine Stellungnahme, wenn die Frage aufgeworfen wird: Lassen sich durch die Beseitigung von Mißbräuchen, durch eine Reform der Verwaltung nicht Ersparnisse erzielen, durch die sich die Beiträge ermäßigen oder drohende Erhöhungen verhindern lassen.

Wie eine jede andere Einrichtung und Versicherung kommen auch in der Sozialversicherung Mißbräuche vor. Wie in allen übrigen Ständen und Volksschichten gibt es auch im Arbeiterstande Elemente, die auf Kosten anderer sich unberechtigter Vorteile zu verschaffen suchen. Doch entschieden muß bestritten werden, wenn behauptet wird, daß mit der

Sozialversicherung besonders starker Mißbrauch getrieben würde. Unbestritten ist der Prozentsatz jener Leute in der Industrie, im Handel und Gewerbe, im Handwerk und in der Landwirtschaft und den freien Berufen, die sich gegen Treu und Glauben widerrechtlich einen Vermögensvorteil verschaffen wollen, genau so groß wie unter den Arbeitern und Angestellten.

Trotzdem wird sich die Arbeiterschaft einer Reform der Sozialversicherung nicht widersetzen, wenn diese eine Beseitigung von Mißständen und Unzuträglichkeiten, nicht aber einen Abbau der sozialen Leistungen bezwecken soll. Grundsätzlich wird sie auch jeder Reform zustimmen, die geeignet erscheint, die ganzen sozialen Einrichtungen zu rationalisieren, zu verbilligen, ohne damit ihre sozialen Aufgaben einzuschränken. An der Sozialversicherung aber haben nicht nur die Versicherten, sondern darüber hinaus noch andere Schichten ein lebhaftes Interesse. Wir nennen hier nur das große Heer der Beamten und Angestellten in diesen Institutionen, die Ärzte, Apotheker, Drogisten, Dentisten, Krankenhäuser, Heilanstalten, Optiker, Bandagisten und die Fabrikanten und Händler der Medikamente, Verbandstoffe usw. Wer wollte zum Beispiel behaupten, daß die Krankenkassen für die Ärzte und Apotheker mindestens nicht die gleiche wirtschaftliche Bedeutung haben wie für einen großen Teil der Versicherten.

Eine Reform der Sozialversicherung muß daher nicht nur ausgehen von den Beiträgen und Leistungen für die Versicherten, sondern hat den gesamten Kreis der sich oft widerstrebenden Interessen mit in die Reform hineinzubeziehen.

Unter dem Schlagworte „Reform“ wird heute leider viel mehr ein Abbau als eine Anpassung an die geänderten Verhältnisse verstanden.

Bei der Arbeitslosenversicherung sollte ursprünglich die Reform in einer Beseitigung der Mißbräuche bestehen. Heute steht unbestritten fest, daß sie durch die Finanznot des Reiches zu 90 Prozent ein Abbau der sozial durchaus nicht übertriebenen Leistungen geworden ist.

Kunmehr droht auch der Krankenversicherung das gleiche Los. Um die größeren Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Beiträge auf 4½ Prozent, auszugleichen, soll versucht werden, die Beiträge zu den Krankenkassen zu ermäßigen.

Es gibt Volksgenossen, die die Notwendigkeit einer Erwerbslosenversicherung nicht einzusehen vermögen, und solche, die in Verbindung damit gegen die gesamte Sozialversicherung anrennen.

Schon unter der verflorenen Regierung, unter Führung des sozialistischen Reichskanzlers Müller und Reichsarbeitsministers Bissell wurden aus dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge für eine Reform der Krankenversicherung laut, die sich so ziemlich decken mit dem Gesetzentwurf, den das jetzige Reichskabinett in den letzten Tagen vorgelegt hat. Trotzdem aber wird dieser Gesetzentwurf, soweit er für die Versicherten Verschlechterungen bringt, von der Linkspresse nicht nur verurteilt, sondern als das ureigenste Produkt der „reaktionären Regierung“ Brüning-Stegerwald bezeichnet. Es steht aber fest, daß, wenn die sozialdemokratische Partei nicht die Flucht aus der Verantwortung angetreten, die Durchführung der notwendigen gesamten Finanzreform nicht anderen überlassen hätte, sondern selbst nach bestem Können darangegangen wäre, sie durch ihre Regierungsmitglieder zum mindesten einen gleichen Vorschlag zur Abänderung der Krankenversicherung dem deutschen Volke vorgelegt hätte, wie es jetzt geschehen ist.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf ist zu entnehmen, daß die Reichsversicherungsordnung in der Weise geändert werden soll, daß es den Krankenkassen in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, besonders großartige Bauten herzustellen. Die entsprechenden Bestimmungen dafür lauten: „Der Erwerb von Grundstücken über einen vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Kostenbetrag hinaus bedarf der Genehmigung des Reichsversicherungsamts. Die Errichtung oder Erweiterung von Gebäuden über einen vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Kostenbetrag hinaus bedarf der Genehmigung des Reichsversicherungsamts.“ Diese Bestimmung begrüßen wir, sie hätte schon längst durchgeführt sein

können angeichts der Aufwendungen, die manche Krankenkassen in den letzten Jahren gemacht haben, die nicht mit der gegenwärtigen Wirtschaftsnote in Einklang gebracht werden können.

Die für den Versicherten wichtigen Bestimmungen über den Krankenschein lauten in der neuen Fassung: „Bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von fünfzig Reichspfennig, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten an die abgebende Stelle zu zahlen; enthält das Verordnungsblatt mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu entrichten. Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr dafür beträgt 1 RM. Die Satzung kann die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 RM. bis auf die Hälfte ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 RM. um die Hälfte erhöhen; sie kann ferner mit Zustimmung des Oberversicherungsamts aus besonderen Gründen die Gebühr auf ein Viertel herabsetzen.“

Der bisherige Zustand, daß die Angestellten im Krankheitsfalle Krankengeld neben ihrem Gehalt bezogen, soll durch folgende Bestimmung abgeändert werden: „Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Für solche Versicherte hat die Satzung entweder die Beiträge entsprechend zu kürzen oder das Krankengeld (§ 182 Abs. 1 Nr. 2) nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf Sechstel vom Hundert des Grundlohns zu erhöhen.“

Für die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten soll das folgende gelten:

1. Der Arzt ist seiner Kasse gegenüber verpflichtet, den Kranken ausreichend und zweckmäßig zu behandeln. Er darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten, hat eine Behandlung, die nicht oder nicht mehr notwendig ist, abzulehnen, die Heilmassnahmen, insbesondere die Arznei, die Heil- und Stärkungsmittel, nach Art und Umfang wirtschaftlich zu verordnen und auch sonst bei Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen die Kasse vor Ausgaben soweit zu bewahren, als die Natur seiner Dienstleistungen es zuläßt. Die Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit und ihre Dauer ist unter gewissenhafter Würdigung der maßgebenden Verhältnisse auszustellen. Der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt außer acht läßt, hat der Kasse den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen. Die dem Kassenarzt obliegenden Verpflichtungen können nicht im voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden. Der Vertrag muß Bestimmungen gegen eine übermäßige Ausdehnung des kassenärztlichen Dienstes bei einem Arzt enthalten. Die Bestimmungen können auch die Vergütung dieser Ärzte betreffen. Der Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen entwirft Richtlinien zur Durchführung dieser Vorschriften.

2. Die Kassen sind verpflichtet, für jeden Erkrankten eine Krankentarte anzulegen, in der die Art der Krankheit und die Dauer der mit ihr verbundenen Arbeitsunfähigkeit vermerkt werden. Die Karte kann auch andere, den Zwecken der Krankenversicherung dienende Angaben tatsächlicher Art enthalten. Die Kassen sind ferner verpflichtet, die Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und seine An- und Verordnungen, insbesondere soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Fällen durch einen anderen Arzt (Vertrauensarzt) rechtzeitig nachprüfen lassen. Sie können zu diesem Zwecke Vertrauensärzte auch hauptamtlich bestellen und neben den Vertrauensärzten oder an ihrer Stelle einen aus Ärzten bestehenden Prüfungsausschuß bilden.

Wird bei einer Krankenkasse die ärztliche Versorgung dadurch ernstlich gefährdet, daß die Kasse keinen Vertrag zu

angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die Ärzte den Vertrag nicht einhalten, so ermächtigt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) die Kasse, auf ihren Antrag widerrechtlich, an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine bare Leistung in Höhe von achtzig vom Hundert der wirklichen Kosten zu gewähren; bei Arbeitsunfähigkeit erhöht sich zugleich das Krankengeld um zehn vom Hundert des Grundlohns, mindestens aber um fünfzig Reichspfennig für den Kalendertag. Die gleiche Ermächtigung kann das Oberversicherungsamt einer Kasse auf übereinstimmenden Antrag der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß widerrechtlich erteilen, wenn bei der Kasse die Ausgabe für die ärztliche Behandlung und die Verordnung von Arznei und Heilmitteln nicht nur vorübergehend das den natürlichen Umständen entsprechende Maß in auffallender Weise überschreitet.

Überschreitet bei einer Kasse die Zahl der Ärzte in auffallender Weise das den natürlichen Umständen entsprechende Bedürfnis, so kann das Oberversicherungsamt nach Anhörung der Kasse und der ärztlichen Gruppe im Zulassungsausschuß anordnen, daß andere Ärzte bei der Kasse nicht mehr zugelassen werden und daß die Kassenarztstellen, die frei werden, nicht mehr oder nur abwechselnd oder nur mit Zustimmung der Kasse besetzt werden dürfen.

Für die Zwecke der Krankenversicherung können die Spitzenvereinigungen der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Ärzte einen Hauptausschuß für Krankenversicherung bilden. Dem Hauptausschuß können auch Vertreter der sozialen Medizin angehören. Der Hauptausschuß gibt sich eine Verfassung, den Vorsitz führt der Reichsarbeitsminister oder sein Vertreter.

Der Hauptausschuß kann Grundsätze aufstellen und Richtlinien entwerfen für die Durchführung der Krankenversicherung im allgemeinen, insbesondere für Wirtschaftlichkeit und Einfachheit, für Beseitigung und Verhütung von Mißbräuchen und Auswüchsen, für Gesundheitsfürsorge und soziale Hygiene, für die Errichtung und den Betrieb von Verwaltungsgebäuden, Krankenanstalten, Genesungsheimen und sonstigen Einrichtungen. Der Reichsarbeitsminister kann diese Grundsätze und Richtlinien für die Aufsichtsbehörden ganz oder teilweise als verbindlich erklären.

Bedenklich ist, daß der Grundlohn, nach dem sich die Beiträge und Leistungen bemessen und der augenblicklich bis zu 10 RM., evtl. darüber betragen darf, generell auf 9 RM. heruntergesetzt werden soll. Dieses bedeutet für weite Kreise eine Herabsetzung des Krankengeldes, für die Krankenkasse aber eine Verminderung der Beiträge, die zweifellos durch eine Beitragserhöhung ausgeglichen werden muß.

Die Familienversicherung soll obligatorisch eingeführt werden, und zwar steht es im Belieben der Kassen, die Krankenpflege von 13 Wochen auf 26 Wochen auszudehnen.

Eine untragbare Bestimmung besagt, daß für die ersten drei Werktage der Erkrankung das Krankengeld nicht gezahlt werden darf. Man sollte es, wie es augenblicklich der Fall ist, den Krankenkassen selbst überlassen, je nach der finanziellen Lage zu bestimmen, ob bereits vom ersten Erkrankungsstage an die Geldleistungen zu gewähren sind.

Während verschiedene Bestimmungen des Entwurfes geeignet erscheinen, eine Senkung der Kosten, ohne Verschlechterung für die Versicherten herbeizuführen, laufen andere Bestimmungen auf einen direkten Abbau der Leistungen und eine weitere Belastung der Versicherten hinaus.

Die Arbeitnehmer werden gewiß bereit sein, mitzuhelfen, Unzuträglichkeiten zu beseitigen. Sie können es aber nicht mit ansehen, daß auf Kosten ihrer Gesundheit Leistungen abgebaut werden, die sie sich in jahrzehntelangen Kämpfen errungen haben.

Ein echter Gewerkschaftler wirkt ständig für seinen Verband!

Jedes Verbandsmitglied sollte es sich zur Aufgabe machen, in diesem Jahre noch mindestens ein neues Mitglied zu gewinnen!

Auslandsanleihen - Gemeinde und Gemeindebetriebe

Nach der Inflation litt und leidet auch heute noch Deutschland an einem großen Kapitalmangel. Weil diesem im Inland nicht abzuhelfen ist, setzte ein großer Wettlauf nach dem Ausland ein, um von dort Geld zu bekommen. Privatindustrie, Handel, öffentliche Körperschaften, kirchliche Organisationen usw. versuchten im Ausland Anleihen zu bekommen um ihrem Geld- und Kapitalmangel abzuhelfen. Dieser Ansturm von seitens Deutschlands barg die Gefahr in sich, daß dadurch die ausländischen Anleihen wesentlich verteuert und vielleicht in einem überartigen Umfang aufgenommen würden, daß sie zu einer übermäßigen Belastung führten. Um diesem Uebel zu steuern, wurde eine Reichsberatungsstelle geschaffen, die erst diese Anleihen genehmigen mußte, bevor sie im Ausland aufgenommen werden durften.

Die Beratung liegt in den Händen der Reichsbank und erfolgt die Beurteilung mehr nach banktechnischen als volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Auslandsanleihen sollen nur für produktive Zwecke Verwendung finden, deshalb die Verweigerung einer Auslandsanleihe für den Bau von Landstraßen, für den Wohnungsbau und für die Gemeinden. Daß die Beurteilung viel zu engberzig erfolgt, ist schon oft nachgewiesen worden; denn durch einen Ausbau und die Verbesserung unserer Landstraßen kann die Lebensdauer der Automobile, vor allem der Reisen, wesentlich erhöht werden, was zu einer Erhaltung unseres Volksvermögens beiträgt. Für ein wesentlich verbessertes Straßennetz würden die Kraftwagenbesitzer schon gern eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer in Kauf nehmen. Das gleiche kann für den Wohnungsbau gesagt werden. Gelingt es, durch eine Auslandsanleihe den Wohnungsbau erheblich zu steigern, so führt dies einmal zu einer starken Verminderung der Ausgaben für die Arbeitslosen, bringt einen neuen Schwung in unser Wirtschaftsleben und damit erhöhte Steuereingänge, während andererseits unsere Volksgesundheit wesentlich gehoben und dadurch die Ausgaben in der übrigen Sozialversicherung herabgemindert werden.

Ganz besonders glaubt aber die Beratungsstelle die Gemeindeanleihen droffeln zu müssen. Der Unterton des früheren Reichsbankpräsidenten ist ja noch gut in Erinnerung. Ohne weiteres stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß in bezug auf gewisse Unternehmungen wie Ausstellungen usw. sich manche Städte einen Luxus erlaubt haben, der unverantwortlich ist und wo das Geld besser dem Wohnungsbau zugeführt worden wäre. Trotzdem durfte diese rückwärtslose Drofflung der Auslandsanleihen der Gemeinden nicht erfolgen. Es waren und sind Mittel notwendig für den Wohnungsbau, für Erschließung neuen Sied-

lungsgebietes, für Kanalisation, Erweiterung des Wasser-, Gas- und Elektrizitätsverteilungsnetzes, für Verlängerung der Straßenbahn, Umbau des Straßenbahnnetzes um den veränderten Verkehrsverhältnissen gerecht zu werden usw.

Aus all diesen Gründen heraus waren die Gemeinden gezwungen, sich Geld zu beschaffen. Auslandsanleihen wurden nicht genehmigt und Inlandsanleihen waren durch die Verhältnisse am deutschen Kapitalmarkt nicht möglich, so sahen sich die Städte gezwungen, kurzfristige Gelder und Kredite in Anspruch zu nehmen, die erheblich teurer sind. Die Zinsbelastung der Kommunalverwaltungen wurde so zwangsläufig bedeutend größer als es notwendig gewesen wäre, was sich selbstverständlich auch bei den Steuern und Tarifen auswirkt. Ganz zu schweigen von dem unkaufmännischen und ungesunden Gebahren, Daueranlagen statt durch Anleihen durch Kredite zu finanzieren, die bei vielen Städten eine ganz enorme und bedrohliche Höhe erreicht haben.

Aus dieser Kapitalnot resultiert vielfach das Bestreben, öffentliche Betriebe in die privatrechtliche Form der A.-G. oder der GmbH. umzuwandeln, um so eher den Zugang zu den Auslandsanleihen zu bekommen und den Etat der Kommunen zu entlasten. Die Erkenntnis, daß die bisherige Politik der Beratungsstelle nicht richtig war, bricht sich in immer weiteren Kreisen Bahn. Hoffen wir, daß der neue Reichsbankpräsident, der ja ein Kommunalpolitiker ist, hier Wandel schafft und den Städten mehr Gerechtigkeit wiederfahren läßt. Eine Gesundung unserer Gemeindefinanzen ist dringend notwendig und im Interesse der Gesamtwirtschaft nur zu wünschen.

Die Städte waren gezwungen, einen Teil der kurzfristigen Schulden durch langfristige Anleihen im Inlande abzudecken. Um diese aber überhaupt zu bekommen, mußten sie mit Bedingungen ausgestattet werden — bis zu 10 Prozent Zinsen bei 90 bis 92 Prozent Auszahlung — die einer durchaus notwendigen und möglichen Senkung des Zinsfußes entgegenwirkten. Die Umschuldungsaktion der Gemeinden führte dann weiterhin dazu, daß die bisher in erster Linie dem Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Gelder der Spartassen für die Umschuldung in Anspruch genommen wurden. Die katastrophale Lage im Baugewerbe — heute noch sind fast 40 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos — ist daher nicht zum geringen Teil mit auf die falsche Anleihepolitik zurückzuführen.

Die Versuche der Banken und der Industrie, die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand mittels der Anleiheperre einzudämmen, haben in ihren Auswirkungen die gesamte Wirtschaft sehr stark in Mitleidenschaft gezogen.

Mensch und Maschine

Unser Zeitalter wird in der Geschichte einmal das Zeitalter der Maschine genannt werden, und zwar mit der bitteren Untererklärung „Zeit der Herrschaft der Maschine über den Menschen“. Die gesamte Menschheit ist Sklave der Maschine geworden, und gegenwärtig befinden wir uns, fürchtbar erkennend, in dem Stadium, wo es um Tod und Leben geht.

Etwa hundert Jahre ist es erst her, daß die Maschine beschweben in das Kulturleben des Menschen eintrat. Mit der Dampfmaschine wird die moderne Maschine geboren, mit der Ausnutzung der Elektrizität erweitert sich unheimlich schnell ihre Macht. Mit Bangen sahen von jeher scharfblickende Männer die Gefahr, daß die unjüdelte Dienerin Maschine gegen die Herrschaft der Menschekultur aufbegehre. Längst vor dem Kriege hätte der Kampf zwischen Menschekultur und Maschine, die ganz in kulturellen Dienst gestellt werden sollte, angefangen. Da kam der Weltbrand mit seiner Zerstörung in unermeßlichen Ausmaßen. Nach seiner Beendigung ging man sieberhaft an den Wiederaufbau. Nach der Maschine rief alles um Hilfe, sie sollte Menschenkraft verhundertsfachen, vertausendfachen. Immer neue Maschinen wurden herbeigerufen, es wurde gewerkt und geschafft, rationalisiert und fabrikiert, und plötzlich — war man von der Maschine überwältigt. Kein Mensch hatte in dem allgemeinen Schaffensrausch mehr an den Kampf zwischen Kultur und Maschine um die endgültige Herrschaft gedacht, und da war der Zusammenbruch da.

Was ist die Bestimmung der Maschine ihrem Wesen nach? Sie soll dem Menschen dienen, indem sie eine Erhöhung der Lebensführung bringt, zuerst der äußeren Lebensbedingungen, daraus sich entwickelnd auch die Bereicherung und Verschönerung des eigentlichen Lebens, des inneren, des geistigen, des kulturellen. Die Maschine nimmt dem Menschen Arbeit ab, vertausendfacht seiner Hände Wert, bringt neue Möglichkeiten ans Licht. Der Mensch, der die Maschine zur Verfügung hat, mühte der äußeren Lebensgüter in viel leichterem und reichem Maße teilhaftig werden als früher. Trotz dieses stärkeren Anteilens braucht er weniger zu arbeiten, er gewinnt, je mehr Maschinen er in seinen Dienst nimmt, um so mehr freie Zeit

für freie bildende und lebensverschönernde, kurz kulturelle Tätigkeit. Die Maschine sollte Führer zu Lebensfreude und Lebensglück sein.

So sollte es sein. Aber wie sieht es nun aus, da Millionen Maschinen in der Menschenwelt ihre lärmende Arbeit tun? Die wirtschaftliche Krise durchbebt die gesamte Welt. In Deutschland steigt die Ziffer der Arbeitslosen und damit menschliches Elend — nicht nur finanzielles — in grausige Ausmaße. Deutschland ist als Land der Kriegsbeflegten natürlich am schlimmsten betroffen. Aber auch die wirtschaftlichen Grundpfeiler des englischen Imperiums erbeben, Amerika, das sprachwörtliche Land des Reichtums und der unbegrenzten Möglichkeiten, das Land immerwährender wirtschaftlicher „prosperity“, erlebt eine Erschütterung nach der andern und ist dabei, sich hinter schützenden Zollmauern auf sich selbst zu besinnen. Und gar bis nach Frankreich hinein, das vor kurzem noch als einziges Land auf der Erde über Mangel an Arbeitskräften klagte und viele fremde Hände herbeirief, selbst bis in dieses Frankreich hinein ist das zitternde unterirdische Grollen des wirtschaftlichen Weltbebens gedrungen, und man zerbricht sich schon den Kopf, wie man der bestimmt kommenden Welle nationaler Arbeitslosigkeit begegnen wolle. Überall steigen täglich Not und Elend, Millionen Flüche werden gegen die Maschine ausgestoßen. Die Maschine ist dabei, die Kulturwelt des Menschen zu vernichten, es geht um Tod und Leben.

Das ist das wahre Gesicht der heutigen Weltkrise. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, die Menschheit wäre im steten Ringen mit der Maschine sicher dem Erfolge bedeutend näher. Nur in diesem Zusammenhänge darf man Weltbrand und Weltwirtschaftskrise nennen, nicht in dem so oft angeführten, daß sie in der Vernichtung von Milliardenwerten ihre Ursache habe. Lebensgüter sind auf der Welt für viel mehr Menschen vorhanden, als existieren; unsere Maschinen produzieren, als hätte die Welt doppelte Bevölkerung. Was der Mensch zum Leben braucht, ist massenhaft und im Überfluß auf der Erde irgendwo vorhanden. Unheimliche Riesenmächte stellen sich überall zwischen Gütern und Menschen, letzten Endes begründet in der Niederlage des Menschen im Kampfe gegen sein Geschöpf, die Maschine.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Eine Ueberprüfung der Lebenshaltungsindexziffer

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltung, wie sie vom Statistischen Reichsamt seit etwa 10 Jahren veröffentlicht wird, ist einer wiederholten Ueberprüfung unterzogen worden. Die letzte Ueberprüfung fand Anfang 1925 statt. In den nun abgelaufenen fünf Jahren hat die Lebenshaltung der deutschen Familien mancherlei Veränderung erfahren — wir denken zum Beispiel nur an die stärkere Benutzung der Neubauwohnungen, in der Lebenshaltungsindexziffer sind die Mietausgaben nur auf Grund der Altmieten berechnet —, so daß eine Durchprüfung der Berechnungsgrundlagen, wie sie das Statistische Reichsamt gegenwärtig vornehmen will, zeitgemäß und notwendig ist. Insbesondere haben die so umfangreichen Untersuchungen von etwa 200 Haushaltswirtschaftsrechnungen und ähnliche Untersuchungen einzelner Verbände eine brauchbare Grundlage zur Durchführung.

Die Ueberprüfung ist um so notwendiger, da dem Lebenshaltungsindex eine Bedeutung beigelegt wird, die nicht voll berechtigt ist. Für gewisse Kreise ist eine Gegenüberstellung des Index für die Kosten der Lebenshaltung mit dem Lohnindex das A und O der volkswirtschaftlichen Weisheit geworden. Dieses muß sich für die Arbeiter um so nachteiliger auswirken, je mehr sich die Indexziffern von den wirklichen Kosten der Lebenshaltung entfernen.

Die Reform der Krankenversicherung und die Ärzte

Gegen die Reform der Krankenversicherung werden sich die Ärzte, wenn man dem Kolberger Verzeile folgt. Sie greifen vor allem die Bestimmungen der Novelle an, die eine Bestellung von Vertrauensärzten und die Ueberwachung des tassenärztlichen Dienstes vorsehen und die Zulassung zum Kassendienst regulieren wollen. In der letzten Zeit hat auch die Presse zahlreiche Aufsätze und Zuschriften von Ärzten veröffentlicht, die sich gegen die Novelle wenden und für den Fall ihrer Annahme eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse und die Sozialisierung des Arztstandes an die Wand malen. Die Ärzte sollten nicht übersehen, daß die enorme Steigerung der Ausgaben der Krankenkassen auf zwei Umstände zurückzuführen ist, einmal auf die Versicherten, die wegen allerlei Bagatellfällen die Krankenkassen in Anspruch nehmen und zum anderen auf die Tätigkeit der Ärzte. Wenn man reformieren will, kann man nicht allein von den Versicherten Opfer verlangen, sondern muß auch bei den Ärzten zupacken. Auch die Ärzte sollten das

größte Interesse daran haben, die Bagatellfälle zu verringern und nicht eine Gefahr an die Wand malen, die etwa in einer Artzshen und damit in einer Verschleppung erster Krankheitsfälle gesehen wird. Wenn die Novelle eine gewisse Nachkontrolle durch Vertrauensärzte der Kasse will, so ist das angebracht. Und es ist wieder falsch, die Gefahr einer Sozialisierung des Arztstandes herauszustellen. Wenn schon reformiert werden soll, dann muß das auch möglichst gründlich gemacht werden. Trifft man die Versicherten, wo Ueberschneidungen stattgefunden haben, so müssen sich die Ärzte auch damit abfinden, daß die bei ihnen vorliegenden Ueberschneidungen auch getroffen werden. Eine richtig angelegte Reform der Krankenversicherung muß diese beiden Seiten im Auge behalten.

Beamte und Notopfer

Gegenüber den meisten Verlautbarungen der Beamtenverbände, aus denen trotz der erklärten Bereitwilligkeit, doch immer wieder eine absolute Ablehnung des Notopfers durchklingt, verdienen auch andere Auffassungen in der Öffentlichkeit gewürdigt zu werden. Schon allein deshalb, um die wachsende Gegnerschaft gegen die Beamten, deren Folgen in erster Linie die unteren Beamten zu tragen haben werden, auf das richtige Maß zurückzuführen.

Auf der Tagung des Katholischen Lehrerverbandes für die Provinz Westfalen in Münster nahm der Vorsitzende des Verbandes, Lehrer Brodmann (Münsterode), M. d. L., in bemerkenswerter Weise zur Frage des Notopfers Stellung. Er führte aus:

Es geht in diesen Stunden des Kampfes um das Notopfer nicht um materielle, finanzielle Werte, es geht zuletzt und zutiefst um höheres, es geht darum, ob das letzte schwache Licht von Glauben und Vertrauen zu den anderen, zu den Volksgenossen im Dunkel der Not und des Elends, in der Verbitterung der Herzen unseres Proletariats ausgelöscht werden soll oder nicht.

Und darum widerspreche ich bemußt und mit Entschiedenheit der Pressemeldung, nach der die deutschen Lehrer sich gegen das Notopfer ausgesprochen hätten. Mögen andere reden oder handeln wie sie wollen: Wir katholischen Lehrer bekennen uns ohne jede Verklammerung, ohne jeden Kompromiß zur sittlichen Idee des Notopfers. Wir wollen den Glauben und das Vertrauen in den Massen des Proletariats nicht zerbrechen lassen, wir wollen den Menschen retten, die Seele im Bruder, Volkswerdung in den Massen.

Der Weg zur Rettung muß seinen Ausgang in der klaren Erkenntnis der Lage und ihrer Ursachen nehmen.

Die Wirkkraft der Maschine ist in ihrer ungeheuren Intensität immer eine internationale. Zwingt der Mensch sie in seine Landesgrenzen, dann muß sie naturnotwendig wüste Verheerungen anrichten. Ihre Produktionskräfte, auf bestimmte Gebiete gerichtet, werden immer auf übernationalen Bedarf abgestellt sein, denn nur in voller Ausnutzung hat sie Sinn. Auf ein bestimmtes Land begrenzt, erzeugt sie Ueberproduktion, während die erwünschten und notwendigen Austauschmittel fehlen. Die Wirtschaft kommt so in Unordnung. Der Kampf gegen die Herrschaft der Maschine muß deshalb naturnotwendig ein internationales Ringen der gesammelten Menschheit sein. Nur so hat sie Aussicht auf Erfolg. Die Maschinenkraft muß sich in weitem Felde auslaufen können. Praktisch gesprochen heißt das, daß die bestehenden Zollmauern weitgehend niedergelegt werden müssen. Kostet das zunächst auch manches Opfer, es wird sich in der Folgezeit verzinsen. Heute gleicht die Erde, besonders Europa, einem See, der durch viele unsinnige Mauern in zahlreiche Staubecken mit verschieden hohem Wasserpiegel geteilt ist. Wer kann und will darauf Schifffahrt treiben?

Menschheitsgemeinschaft ist auch nötig für eine zweite Etappe im Kampf um die Herrschaft der Maschine. Man mache sich die wesenhafte Bestimmung der Maschine zur Erhöhung der Lebensführung des Menschen — wie oben ausgeführt — klar. Eine bestimmte Summe von Gütern für die Menschen muß erzeugt werden. Ist sie erreicht, dann ist damit für alle Glieder der Menschheit sinngemäß die Möglichkeit des würdigen Lebens gegeben. Das Geld spielt ja nur die Mittlerrolle. Es gilt nun, an dem notwendigen Arbeitsprozeß alle Menschen zu beteiligen, damit sie alle die Mittel zum würdigen Leben in die Hand bekommen. Wird durch die Maschinen immer weniger Menschenarbeit nötig, dann muß eben dadurch die Arbeitszeit entsprechend verringert werden, ohne daß deshalb der Entgelt fällt, da ja die Höhe der notwendigen Produktion erreicht ist. Vielleicht wären bei der Annahme und Güte der heutigen Maschinen nur noch vier oder fünf Stunden Arbeitszeit allgemein nötig, — wenn die Menschheit einig wäre. Den Bezahlen, die verhältnismäßig noch mehr menschliche Arbeitskraft

verlangen, könnten dann im Ausgleich entsprechende Kräfte zugeführt werden. Heute produziert die deutsche Industrie mehr als vor dem Kriege, und doch haben wir die gewaltige Arbeitslosigkeit. Und wir arbeiten nicht mehr zehn und zwölf, sondern nur noch acht Stunden. Einen Riesenteil der Leistung hat eben die Maschine übernommen und dafür das Elend gebracht. Hier ist die Einheitsfront der Menschheit nötig, anders ist eine Lösung garnicht denkbar. Wollte der einzelne oder das einzelne Land auf Grund obiger Ueberlegungen die Arbeitszeit bei gleichem Lohn weitgehend verkürzen, dann würde es wohl sehr schnell ausgepumpt daliegen. Die Maschine wirkt eben international, kann auch nur so ihrem Wesen nach bezwungen werden.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Gefahr der inneren Umwandlung des Menschen, die durch die Maschine eingetreten ist. Ueber die Maschinisierung des Menschen, der das innere Verhältnis zu seiner Tätigkeit und die Freude daran verloren hat, ist schon viel geschrieben worden. Auf die Ursachen brauche ich hier nicht einzugehen. Was würde nun aus diesen Menschen werden, wenn sie eines Tages in innerer Leere und ohne hochziehende Ideale vor so viel Freizeit gestellt werden? Würde daraus Kulturleben werden oder würde die Freiheit in zerstörenden Müßiggang ausarten, der anfangs, wenn man dem verhassten Dienst der Maschine entflohen ist? Aus diesen Betrachtungen ergibt sich die ungeheure Notwendigkeit der Welterkung des Kultur- und Bildungswillens in der Arbeiterschaft, der Segung würdiger und wirklich erstrebenswerter Ziele, der Führung zur Arbeitsfreude und zum Verständnis für die Maschine und ihre lebendigen Kräfte. Jede verantwortungsbewusste Arbeiterführung, besonders in der Gewerkschaft, wird in Zukunft immer härter kulturelle und geistige Anstöße und Anregungen geben, geradezu Bildungsarbeit leisten müssen.

Denn kommen wird diese Zeit, da einmal der Mensch die Maschine wieder vollständig zu seiner und seines Lebens ergebenden Dienerin gemacht hat, und das in nicht allzu ferner Zeit, — oder es wäre mit aller menschlichen Kultur vorbei. Gegenwärtig leben wir in der Krise auf Tod und Leben. Möge spätere Geschichtsschreibung dem Kapitel über das Zeitalter der Maschine einen zweiten Abschnitt hinzufügen können. „Sieg des Menschen über die Maschinengefahr.“

Muß das so bleiben?

Der Direktor des Leipziger Messeamtes bezieht jährlich 203 000 RM. an Einkommen, besondere Vergütungen und anderen Einkünften aus einer dem Messeamt angeschlossenen Gesellschaft und für dieses Jahr noch eine Extrazulage von 20 000 RM. Die J. G. Farbenindustrie zahlt für jedes ihrer Aufsichtsratsmitglieder 36 000 bis 40 000 RM. pro Jahr.

Die Braunkohlen- und Brikettwerke Kadergrube zahlen für 12 Aufsichtsratsmitglieder 197 368 RM. im Jahr.

Die Eintracht, Braunkohlen- und Brikettwerke A.-G. Weizow zahlen für 13 Aufsichtsratsmitglieder 160 000 RM. im Jahr.

Die Interessengemeinschaft Farbenindustrie zahlt für 51 Aufsichtsratsmitglieder 1 979 800 RM. im Jahr.

Die Harpener Bergbau A.-G. Dortmund zahlt für 14 Aufsichtsratsmitglieder 238 000 RM. im Jahr.

Die Hamburger Elektrizitätswerke A.-G. zahlen für 10 Aufsichtsratsmitglieder 150 000 RM. im Jahr.

Die Niederlausitzer Kohlenwerke A.-G. zahlen für 12 Aufsichtsratsmitglieder 144 000 RM. im Jahr.

Es ist schwierig, greifbares und bestimmtes Material über das Einkommen dieser Wirtschaftsführer zu bekommen, aber hin und wieder dringt doch etwas in die Öffentlichkeit. Da hat im Jahre 1926 der Deutsche Philosophenverband eine kleine Broschüre herausgegeben, und dort wird Oberbürgermeister Dr. A d e n a u e r, Köln, zitiert, der folgendes sagt:

„Ein bedeutendes Werk hatte in der Vorkriegszeit 11 Direktoren mit einem monatlichen Gehalt von 1000 bis 2000 RM. und einer Jahresabschlussprämie von 3000 bis 4000 RM.“

Heute werden 21 Direktoren mit einem Gehalt von je 4000 bis 5000 RM. monatlich beschäftigt.“

Dr. Reinitzer, Direktor eines größeren Industriewerks in Bayern, bezog 70 000 RM. pro Jahr, Direktor Gebbart erhielt 94 000 RM. und Direktor Schall 100 000 RM. Die Bode-Zuckerfabrik G. m. b. H. in Oschersleben beschäftigt insgesamt 210 Arbeiter, aber die zwei Direktoren, die dem Werk vorstehen, beziehen ebensoviel wie die 210 Arbeiter im ganzen Jahr, nämlich 150 000 RM.

Die höchste Heiratsziffer und die niedrigste Geburtenziffer

Man sollte meinen, daß bei erhöhter Heiratsfreudigkeit auch die Geburtenziffer ansteigen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die Heirat hat in weiten Schichten längst das Merkmal verantwortlicher Trennungsbereitschaft gegenüber sich selbst und der Gemeinschaft verloren. Sie ist mehr und mehr eine reine Kapitalgemeinschaft (er und sie „werfen zusammen“, entweder ihr Geld

oder ihre Arbeitskraft) oder mehr noch eine gefellige Angelegenheit geworden. (Man fährt zusammen ins Wochenende im gemeinsamen Auto oder Paddelboot). Kinder passen in eine solche Kapital- oder Vergnügungs-G.m.b.H. einfach nicht mehr hinein. Sie sind höchst überflüssig und besonders dann lästig, wenn die G.m.b.H. bei der ersten besten Autopanne oder einem sonstigen „Zerwürfnis“ sich „rechtskräftig“ wieder auflöst. So geht man mit der gleichen, trivialen Leichtfertigkeit auseinander, wie man zusammengekommen ist. Man heiratet halt wieder, wen oder besser, was anderes. Die Heiratsziffern schwellen an, und die Geburtenziffern sinken immer tiefer. Das typische Beispiel hierfür ist Berlin, das im Jahre 1929 mit 10,9 v. T. die höchste Heiratsziffer Preußens und mit 10,4 v. T. die niedrigste Geburtenziffer aufwies. In Berlin wurden also mehr Ehen geschlossen als Kinder geboren. Selbst die „Einkinderehe“ ist hier ein „überwundener“ Standpunkt.

Nach der „Statistischen Korrespondenz“ (Nr. 17/1930) des „Preussischen Statistischen Landesamtes“ ist die Geburtenziffer im Jahre 1929 in ganz Preußen weiter zurückgegangen. Sie fiel von 19,2 v. T. im Jahre 1928 auf 18,5 v. T., also um 3,6 Prozent. Die niedrigste Geburtenziffer hat Berlin mit 10,4 v. T., dann folgen Hessen-Nassau und Brandenburg mit je 16,9 v. T. Die höchste Geburtenziffer hatte Oberschlesien mit 26,2 v. T. Im gleichen Jahre 1929 wurden in Preußen 365 301 Ehen geschlossen. Hier beobachten wir allenthalben eine Steigerung. Während im Jahre 1913 die Heiratsziffern in Preußen 7,8 v. T. betragen, liegen sie im Jahre 1929 auf 9,3 v. T. Die niedrigste Heiratsziffer hatte Posen-Westpreußen mit 7,5 v. T.

5. katholischer Deutscher Arbeiterkongress

Der Reichsverband katholischer Arbeitervereine, der rund 350 000 Mitglieder umfaßt, hielt am 24. und 25. Mai seinen 5. Kongress in Gelsenkirchen ab. Eingehend befaßte man sich mit der Lage der katholischen Arbeiterschaft. In den Vorträgen wurden scharfe Trennungslinien gegenüber Sozialismus und Kapitalismus gezeichnet. Trotz aller tatsächlichen Wandlungen des Sozialismus und seiner heutigen positiven Einstellung zum Staat, ist es der katholischen Arbeiterschaft nicht möglich, sich zum Sozialismus zu bekennen, weil er in seiner Grundhaltung nach genau so auf der Diesseitskultur steht wie früher und keinen Raum läßt für eine höhere Ordnung. Gegenüber unserer heutigen planlosen Wirtschaftsordnung wurde eine „sinnvoll geleitete Wirtschaft“ verlangt. Durch Entschleunigungen wurde ein Notopfer zur Behebung der Arbeitslosigkeit, eine Sammlung der beiden katholischen Parteien und eine intensive Schulung der Mitglieder gefordert. Eine weitere Entschleunigung befaßte sich mit der Arbeiterinnenfrage.

Die Großstadtstraße

Wie alle Damen, die die Zwanzig überschritten haben, verrät sie nicht ihr Alter. Man kann es auch nicht schätzen; denn sie versteht es, sich zu verjüngen, hier ein wenig Puder und da ein bißchen Schminke müssen ihrem Gesicht ein junges Aussehen verleihen und über ihr Alter hinwegtäuschen. An den vielen Straßen und Gassen aber, die sich um sie herumziehen wie die Kinder und Enkel um eine Großmutter, kann man ermaßen, daß sie doch schon ein ziemliches Alter auf dem Rücken hat. Hier und da zeigt sie Kunkeln, einige bauwürdige Häuser lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß wir es doch schon mit einer alten Dame zu tun haben.

Auch die Straße hat ihre schöne Jugendzeit hinter sich. Da brauchte sie noch nicht so korrekt zu sein wie heute, sie durfte schon mal nach links oder rechts abweichen. Mit der Sauberkeit, na da war es nicht weit her. Dresden, bisher Dresden bei Regenwetter und endlose Staubmassen an heißen Tagen, dazu viele tiefe Räder in ihrem Kleid, zeigten, daß sie es lieber nach Jungennart hielt. Als sie aber älter wurde, brachte man ihr bei, daß sich dies für eine junge wohlgezogene Dame nicht schickt. Sie bekam ein Nieder, welches ihr die rechte Form gab, manchmal auch ein Korsett, welches sie gar zu eng einschmürte. Darüber kam ein schönes Kleid, der Zeit entsprechend ziemlich budelig, während sie heute natürlich auch in „schlanke Linie“ macht. Da sie schon immer modern war, ist ihr auch der Bubentopf nichts Fremdes. Trägt sie denselben auch nicht selbst, so haben ihn doch die Dämonen, die an manchen Stellen ihr Kleid zieren.

Trotz ihres Alters ist die Großstadtstraße noch sehr geschäftig. Schon früh beginnt ihr Tagewerk. Die Straßenbahnen fahren aus, um die Arbeiter zur Werkstatt zu bringen. Dann wird es aber höchste Zeit, Toilette zu machen. Um 7 Uhr geben sich eine Menge Leute daran, sie zu waschen und ihr Kleid anzubürsten. Dort wo der meiste Verkehr ist, ist dies schon des Nachts geschehen, damit dieser nicht behindert wird. Freilich ist diese Mühe oft umsonst. Es gibt nämlich viele Leute, die glauben allen Dingen auf die Straße werfen zu müssen. Wenn die Teppiche auf dem Balkon ausgeschöpft werden, daß der Dreck den Passanten auf die Köpfe und in die Augen fliegt, so ist das noch eine Kleinigkeit. Ein zerfahrener Schirm oder alter Hut ist, nach vieler

Leute Meinung, bestimmt dazu geeignet, das Kleid der Straße zu zieren. Diejenigen, die nun ganz rücksichtslos sind, die werfen ihre alten Matrasen auf die Straße, und der Nachbar, der sich nicht übertrumpfen lassen will, stellt das kaputte Sofa dazu; die Leute vom Fuhrpark mögen sich kümmern, wie sie damit fertig werden. Am tollsten ist es nach Weihnachten. In Hunderten fliegen die Weihnachtsbäume zu den Fenstern hinaus und werden eine willkommene Beute der Schuljugend; am schönsten ist es dann, wenn einer Strohköcher in der Tasche hat.

Inzwischen ist der Betrieb in vollen Gang gekommen. Nachdem die Angekletterten alle zu ihren Büros und die Kinder in der Schule sind, werden die eingeschobenen Züge der Straßenbahn wieder herausgezogen und der übrige Wagenverkehr nimmt die beherrschende Stelle ein.

Wie hat der sich aber geändert! In der Jugendzeit der Straße ging das noch schön gemütlich zu. Zwei schwere Braune zogen den Wagen Schritt für Schritt voran. Der Kutsher schmort sein Pfeiffchen. An der bestimmten Ecke wurde gehalten. Die Pferde belamen ihren Eimer Wasser und ein Stück Brot. Der Fuhrmann ließ sich „nen Klaren“ einschenken. Eines Tages ging man dann hin, riß den Leib der Straße auf und setzte ihr Schienen ein. Da hatten es die Pferde leichter, der Wagen rollte schneller. Spaltenlange Artikel füllten die Zeitungen über die großen Gefahren, die jetzt dem Fußgänger von diesen, mit so „rasender“ Geschwindigkeit einherfahrenden Pferdebahnen drohen. Es sollte aber noch viel toller kommen. An einem Morgen kam auf einmal ein „Teufelswagen“ gefahren, der fuhr ohne Pferde, ganz von selbst, diesen nannte man Auto. Letzteres hat sich aber auch schwer geändert. Aus dem hohen, unförmigen Kasten wurden niedrige, flotte Wagen, die mit früher nie geahnter Geschwindigkeit daher fliegen. Die Pferdebahn ist inzwischen ebenfalls durch den Motowagen ersetzt.

Viele Menschen sind aber weder mit dem Auto, noch mit der Straßenbahn zufrieden, das Laufen dauert ihnen aber zu lange. So haben sie sich ein Fahrrad zugelegt, welches auch allerlei Wandlungen mitgemacht hat. Am lustigsten war es damit während des Krieges, aber nicht für die Radfahrer. Durch alle möglichen Erfahrenen mit und ohne Federn, ließ der sich seine Gebärmere durcheinander schütteln.

Nach dem Kriege hat der Verkehr auf der Großstadtstraße

Betriebsrätefragen

Freistellung von Betriebsratsmitgliedern.

Damit der Betriebsrat die ihm obliegenden Pflichten richtig erfüllen kann, bestimmt der § 76 BRG: „Der Betriebsrat kann in Betrieben mit über hundert Arbeitnehmern an einem Tage oder mehreren Tagen der Woche eine regelmäßige Sprechstunde einrichten, in welcher die Arbeitnehmer Wünsche und Beschwerden vorbringen können. Soll die Sprechstunde innerhalb der Arbeitszeit liegen, so ist dies mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren.“

Erfolgt über den Umfang der Freistellung — ob teilweise oder ganz, ein oder mehrere Betriebsratsmitglieder — keine Einigung, so ist der Schlichtungsausschuss anzurufen, welcher hierüber entscheidet.

Oft entsteht nun ein Streit darüber, wer über die freizustellenden Betriebsvertretungsmitglieder zu entscheiden hat, der Betriebsrat oder der Gruppenrat. Das Gesetz spricht nur vom Betriebsrat. Dementsprechend ist Mansfeld, Anmerkung 1 zu § 76 BRG, der Meinung, daß nur der Betriebsrat hierüber zu entscheiden hat, da im Gesetz eine klare Scheidung zwischen den Aufgaben und Befugnissen der einzelnen Vertretungen durchgeführt ist und sich dementsprechend eine sinngemäße Anwendung auf den Gruppenrat verbietet. Flatow dagegen ist in Anm. 3 zu § 76 BRG, der entgegengesetzten Meinung. Diese Auffassung wird durch einen Beschluß des Arbeitsgerichtes Düsseldorf gebildet (2 A. C. 392/30/3). Durch Beschluß desselben Gerichtes vom Jahre 1927 — 2 A. C. 226/27 — war der Vorsitzende des Betriebsrates der Rheinbahn vom Dienst befreit. Damals war Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzender dieselbe Person. Durch das Ergebnis der diesjährigen Betriebsratwahl fand eine Trennung der beiden Ämter statt. Durch Beschluß des Betriebsrates wurde der jetzige Betriebsratsvorsitzende vom Dienst freigestellt, während der Arbeiterratsvorsitzende — der früher auch Betriebsratsvorsitzender war — wieder Dienst tun sollte. Der Arbeiterrat rief das Arbeitsgericht an, welches seinen früheren Beschluß aufhob und bestimmt, daß der Arbeiterratsvorsitzende ganz und der Betriebsratsvorsitzende täglich zwei Stunden vom Dienst zu entbinden ist. Das Arbeitsgericht begründet seine Entscheidung damit, daß der Arbeiterrat nicht nur nach den §§ 78—80 ff. umfangreiche Geschäfte zu erledigen hat, sondern darüber hinaus durch Bearbeitung der Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag stark in Anspruch genommen ist.

einen derartigen Umfang angenommen, daß man extra Leute anstellen mußte, die diesen regeln; den Verkehrshauptmann. In diesem wahren Herzentempel, wie es sich an manchen Hauptknotenpunkten zeigt, ist er der einzige ruhende Pol. (Wie alt wird ein Verkehrshauptmann oder wann kommt er ins Irrenhaus?)

Doch plötzlich kracht alles — Unter lautem Gellengel und in rasender Fahrt läuft ein rotes Auto vorbei — die Feuerwehrt. Irgendwo ist ein Brand ausgebrochen und der Feuermelder in Tätigkeit gesetzt worden; im selben Moment ist die Wache alarmiert, die Tore öffnen sich von selbst, an blanken Stangen laufen die Wehrleute aus dem ersten Stock ins Erdgeschoß und springen auf den Wagen, der am Tag innerhalb 30 Sekunden die Halle verläßt. Helm und Gurt liegen auf dem Wagen und werden unterwegs umgeschmissen. Innerhalb 3 Minuten sind sie an der entferntesten Brandstelle ihres Bezirkes.

Damit aber der Fußgänger erfährt, daß er auch noch etwas auf der Großstadtstraße zu melden hat, ist diese dort, wo gar zu viel Verkehr ist, während der Hauptverkehrsstunden für allen Fahrverkehr gesperrt. Freilich die Romantik ist fast ganz von der Großstadtstraße verschwunden. Für Kinder, die aus dem Staub machen wollen und den aus Ermangelung eines anderen mit selbsthergestelltem Wasser beschaffen gemacht haben, ist kein Raum mehr. Die Nachbarn, die in Hemdsärmeln mit der Pfeife im Munde nach Feierabend zusammensitzen und die Tagesereignisse besprechen, gibt es auch nicht mehr. Von den Personen, die da öfters herumsehen, spricht man lieber nicht. Hunde sind nicht mehr sehr stark vertreten; denn denen hat man durch die Steuer das Leben sehr sauer gemacht. Einen gemütlichen Entschlaf kommt das Straßenleben in den Abendstunden doch noch. Die Leute jagen nicht mehr alle in dem Eiltempo. Ab und zu wandern schon einmal zwei „Schleswig-Holstein meerumschlingungen“ daher, und lassen die ganze Welt um sich versinken.

Überhaupt das Bild am Abend gegen früher. Es ist nicht mehr notwendig eine Laterne mitzunehmen, wenn man an mond-scheinlosen Abenden noch irgendwo hin will, und die Petroleumstrahlenlampe kennt die heutige Menschheit auch nicht mehr. Die Straßenlampe muß dem elektrischen Licht weichen, und dort wo sie noch brennen, braucht man keinen Gasanzünder mehr, der zuerst mit dem brennenden Anzünder und später nur mit dem langen Stod durch die Straßen lief. Er ist genau so ausgestorben wie

Rücktritt des Betriebsrats.

Es steht den einzelnen Betriebsratsmitgliedern frei, jederzeit ihren Rücktritt zu erklären, ohne daß sie dafür einen stichhaltigen Grund nennen müssen. Das gleiche gilt für die ganze Betriebsvertretung. In diesem Falle sind sofort Neuwahlen auszusprechen und bleibt der Betriebsrat gemäß § 43 und 44 BRG, bis zur erfolgten Neuwahl im Amte. Umstritten ist die Frage, ob der Rücktritt des Betriebsrats einstimmig beschlossen werden muß oder durch Mehrheitsbeschluß herbeigeführt werden kann. Mansfeld ist in seinem Kommentar, § 42 Anm. 1 der Ansicht, daß für den Rücktritt ebenfalls nur ein Mehrheitsbeschluß notwendig ist, wie für alle anderen Beschlüsse. Diese Ansicht wird aber von anderen Arbeitsrechtlern nicht geteilt, so Flatow § 42 Anm. 5 und Goerrig R. A. Karte Betriebsvertretung; 21. Amtsaufhebung n. 17. 2. 23. Nach diesen ist der Rücktritt der Mehrheit eines Betriebsrats solange auf dessen Bestand ohne Einfluß, als noch genügend Ergänzungsmittel vorhanden sind, die den einzelnen Plätzen vorhanden sind. Erst wenn dies nicht der Fall ist, ist es notwendig zu einer Neuwahl zu schreiten. Obwohl im Gesetz nirgends die Form des Rücktritts des gesamten Betriebsrates vorgeschrieben ist und in den übrigen Angelegenheiten nur von Mehrheitsbeschlüssen die Rede ist, dürfte die Ansicht von Flatow und Goerrig die richtigere sein, die von Gürteler geteilt wird, § 42 Anm. 4.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Neustadt. Anlässlich des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Neustadt fand am 20. 6. 30 in Neustadt eine Verwaltungsstellenkonferenz unseres Verbandes statt, die von fast sämtlichen Ortsgruppen besucht war. Kollege Schönfeld überbrachte der Ortsgruppe Neustadt die herzlichsten Wünsche zu ihrem 10jährigen Bestehen, hob besonders den guten Geist dieser Ortsgruppe hervor und sprach die Erwartung aus, daß auch in der kommenden Zeit die Ortsgruppe Neustadt in gewerkschaftlicher Beziehung voll und ganz ihre Pflicht tun wird. Hieraus übermittelte Kollege Welba (Neustadt) im Auftrage des Ortsauschusses des deutschen Gewerkschaftsbundes von Neustadt ebenfalls die besten Glückwünsche. Kollege Welba betonte, daß gerade die Kollegen von den Gemeindeführern und Staatsarbeitern in den letzten 10 Jahren mit allem daran gesetzt haben, um der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Neustadt an Einfluß das zu verschaffen, was wir heute erreicht haben.

Sobann sprach Kollege Höhn über das Thema: „Einfluß und jetzt in der Gewerkschaftsbewegung“. Der Redner griff in die Anfänge der christlichen Gewerkschaftsbewegung zurück und zeigte, gegen welche Widerstände sich die Gründer durchsetzen mußten. Ohne Opfermut und Vertrauen zu unserer Bewegung wäre es niemals möglich gewesen, das zu schaffen, was schon heute unsere Bewegung in der Öffentlichkeit darstellt. Redner schloß seine Rede mit den Worten: „Die Erfolge der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind ein Beweis für die Stärke der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

sein Kollege, der Nachwächter. Taghell sind die Straßen erleuchtet und schillern in allen Farben durch die bunte Lichtreflexe. Aus den großen Schaufenstern flutet das Licht auf die Straßen. Aber komisch sind die Menschen doch. Jetzt haben sie die Fenster viel, viel größer gemacht als früher und haben kaum die Hälfte darin wie damals. Während früher jeder Kaufmann Wert darauf legte, daß er von jedem Stück Ware, welches er in seinem Laden hatte, auch eins im Fenster liegen hatte, stellt er jetzt nur noch einen geringfügigen Teil davon aus.

Das abwechslungsreichste Geschäftshaus ist aber immer noch die Straße selbst. Mit: „Brilletts, Brilletts“, klagt es an, dann kommen die „Holländische Beerz“, „drei Köpfe an Groß“, (3 Kopf Salat), „Juderische Winger“, „Butterwelsche Birnen zum Austrinken“, usw.; dort kommt der Blumentann und will „Luumumpen, Glas, Papier“, wofür die Kinder ein schönes Häubchen bekommen. Ist es Nacht geworden, so fahren die Rastwagenmänner los und die mit heißen Kaffee und der Wurstmache ruft: „Heiß, heiß!“ Daneben ist aber auch viel Glend Bettler und Krüppel, „Hoffänger“ vom Bariton bis zum Helmsenator, nebst den Musikanten mit allen möglichen und unmöglichen Instrumenten. Ob es aber angebracht ist, diesen, gleich welcher Sorte, etwas zu geben, sei bezweifelt. Es gibt genug Wege, um Scherlein für wirklich Notleidende abzuführen, die einen Mißbrauch der Wohltätigkeit vermeiden.

Ruhe kennt die Großstadtstraße nicht. Des Nachts sind ihre Schneider, die Altpfasterarbeiter im Gange und finden die schabhaftesten Stellen ihres Kleides. Dort wo ein operativer Eingriff notwendig ist, arbeiten die Leute vom Gleisbau bis zum Scheinwerferbeleuchtung und ahrenbelaubenden Lärm der Proklamationen.

Ihren höchsten Feiertag aber hat die Großstadtstraße am Rosenmontag. — Da ist Betrieb! Ihr herrlichstes Kleid hat sie angelegt, bunt und farbenprächtig. Ihr Bräutigam kommt, ihm gehört sie allein. Er verbannt alle Autos und Straßenbahnen, nur er herrscht und sein buntes Volk. Doch nur kurze Zeit dauert die Herrlichkeit, dann verfliehet alles. Nur hier und da hängt an der Oberleitung der Straßenbahn noch eine Franke dieses bunten Kleides, traumverloren, während sich sonst wieder der Verkehr in alter Weise abspielt — Hast, Eile, Tempo!

Charta-Bewegung in der Vorkriegszeit und die großen Erfolge in der Nachkriegszeit auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiete. Auch heute stehen wir wieder an einem Wendepunkt der Geschichte, wo es gilt, daß alle christlichen Gewerkschaftler klaren Kopf und ruhige Nerven behalten. Damit es uns möglich ist, die großen sozialen Probleme, die jetzt im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, in unserem Sinne zu lösen. Sodann sprach Kollege Schönfeld über „Die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien“. Die Provinz Oberschlesien mit ihren 1,4 Millionen Einwohnern hat immer noch über 100.000 Arbeitslose und damit prozentual die stärkste Arbeitslosigkeit in sämtlichen Gebieten Deutschlands. Durch den polnischen Handelsvertrag besteht die berechtigte Befürchtung, daß sich diese Zahlen infolge weiterer Stilllegung von Industriebetrieben vermehren werden. Schuld an diesen geradezu katastrophalen Verhältnissen hier, ist in erster Linie die unglückliche Grenzziehung an Hand von Zahlenbeispielen erläuterte der Redner genau, welche ungeheuren Werte durch den Verlust von Ostoberschlesien dem oberschlesischen Wirtschaftsgebiete verloren gegangen sind. Das Wohnungselend ist in Oberschlesien mit am traurigsten. Es fehlen in der Provinz Oberschlesien allein 50.000 Wohnungen und in der Raumgröße der Wohnungen drückt sich besonders das Elend aus. 88,7 Prozent aller Haushaltungen sind in Kleinwohnungen untergebracht. Die Säuglingssterblichkeit ist in Oberschlesien prozentual am stärksten. Der Reichsdurchschnitt beträgt 8,9, in Oberschlesien 13,5. Die Tuberkulose ist ebenfalls hier am weitesten verbreitet. In Oberschlesien sind mit die niedrigsten Löhne des Reiches, obwohl feststeht, daß gerade im Industriegebiet die Preise für sämtliche Bedarfsartikel höher sind als in Breslau wie auch in anderen Städten. Unter diesen Umständen befinden sich die öffentlichen Verwaltungen und insbesondere die Kommunen in einer finanziell trübseligen Lage. Bei einzelnen Kommunen mußte bereits schon in diesem Jahre ein Zwangsrat von Seiten der Regierungstellen aufgestellt werden. Wenn nicht bald Hilfe durch das Drgesetz kommt, dann ist hier das Schlimmste zu befürchten. In den letzten Monaten sind die Kommunalverwaltungen zu Sparmaßnahmen übergegangen. Hier haben wir ganz besonders den Kampf darum zu führen, daß dieselben nicht auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt werden. Von unseren Vertretern in den Stadtparlamenten muß verlangt werden, daß die enormen Kosten für den Schuletat eingedämmt werden. Eine Stadt wie Weimitz gibt fast $\frac{1}{2}$ ihres Etats für Schul- und Bildungszwecke aus. Hierdurch hat die Arbeiterschaft allerdings recht wenig. Die im Frühjahr beabsichtigten Kündigungen konnten zum größten Teile durch unser Eingreifen rückgängig gemacht werden. Der Redner streifte auch dann die seit langem gepflegten Verhandlungen über eine kommunale Neuregelung des Industriegebietes. Auch auf diesem Gebiete müssen wir unseren stärksten Einfluß ausüben, damit nicht die Wünsche einzelner Parteien alleine den Ausschlag bei dieser Neuregelung geben. Der Redner richtete zum Schluß seiner Ausführungen einen dringenden Appell an alle Funktionäre, voll und ganz die gewerkschaftliche Pflicht zu erfüllen, damit wir in der Lage sind, den starken Anforderungen, denen wir jetzt gegenüber stehen, voll und ganz gerecht zu werden. Am Nachmittag veranstaltete die Ortsgruppe Neustadt ein Sommervergnügen und die Funktionäre der einzelnen Ortsgruppen hatten noch Gelegenheit, einige genussreiche Stunden zu verleben.

Wschaffenburg. Am 14. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine trotz des schönen Wetters gut besuchte Versammlung ab. Kollege Wittelkind (Münsterberg) hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage, in dem er die ungünstige Arbeitsmarktlage, den geplanten Lohn- und Preisabbau und die Tarifverhandlungen behandelte. Redner zeigte, wie es durch die Organisation möglich war, die bestehenden Lohnabkommen zu verlängern und in einem Fall auch trotz der ungünstigen Verhältnisse eine Verbesserung durchzuführen. — Am 15. Juni wurde ein Familienausflug nach der neuerbauten Staustufe Obernau bei Wschaffenburg unternommen, der allgemein sehr gut gefallen hat.

Duisburg-Neiderth. (Gemeindegewerkschaft.) Am 5. Juli hielt unsere vor einem Monat gegründete Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab, zu der auch die Frauen der Mitglieder zahlreich erschienen waren. Kollege Philippen hielt einen Vortrag über „Die deutschen Gewerkschaften“, der mit großem Interesse aufgenommen wurde. Redner wandte sich dann noch besonders an die Frauen mit der Bitte, sich bewußt zu sein, daß sie preisgestaltend wirken können, wenn sie ihren Warenbedarf im Konsumverein decken. In der Ansprache wurde die Notwendigkeit des Preisabbaues besonders unterstrichen. Ein Bericht über die bisherige Tätigkeit konnte schon Erfolge aufweisen, so Verabfolgung der wöchentlichen Rückzahlungen auf den Kohlenvorkauf von 4-5 M auf 2 M., des weiteren Beschaffung verbilligter Kohlen für die häuslichen Arbeiter. Der Vorsitzende hat am Schluß noch alle Kollegen, sich mit ganz besonderem Eifer der Hausagitation am 20. Juli zu widmen.

Offen-Rray. Um die beiden Jubilare Krämer und Kern zu ehren, hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe am 14. 6. zusammengefunden. Des weiteren waren Stadtverordneter Keldenich und Kartellvorstand Herr Scheidt erschienen. Kollege Seeger hielt die Festrede und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen die Jubilare, wie die christlichen Gewerkschaften anfangs zu kämpfen hatten. Er stellte dieselben der Jugend als Beispiel zum Nachahmern hin. Im Auftrag der Zentrale überreichte er dann den Jubilaren das silberne Ehrenzeichen und ein Buch. Kollege Scheidt überbrachte die Glückwünsche des Kartells und unterstrich noch den Anteil der Frauen an der Gewerkschaftsarbeit. Deklamation, Musik, Theater und Tanz verschönten die Feier.

Dnan. Kürzlich hat unser Kollege Franz Bollmar, Maschinenmeister beim Landeskrankenhaus, sein 25jähriges Dienstjubiläum begangen. Seitens der Belegschaft des Krankenhauses wurde eine kleine Feier veranstaltet und dem Kollegen Bollmar ein Geschenk überreicht. Auch wir gratulieren hiermit noch nachträglich unserem Kollegen Bollmar zu diesem Tage und wünschen und hoffen, daß er noch recht lange seinen Beruf ausüben kann und auch ein treues Mitglied unseres Verbandes bleiben möge.

Büchertisch

Arbeiter in USA. von P. Dubreuil. Mit einem Vorwort von Dr. Ernst Michel (Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.). Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Dr. Hans Rauders. 372 Seiten. Kartoniert 5,50 RM. Verlag Bibliographisches Institut W., Leipzig.

Ein französischer Arbeiter und Gewerkschaftsführer ist mit offenen Augen durch die Fabrikbetriebe der Neuen Welt gegangen, — nicht als müßiger Zuschauer, sondern als Werkmann, der sich sein Brot fauer verdienen mußte. So entstand ein Bericht über das wahre Gesicht Amerikas, wie ihn weder europäische Globetrotter noch die Amerikaner selbst geben können: Die Atmosphäre der Werkstätten weht uns fast physisch fühlbar entgegen, wir stehen mit Dubreuil am laufenden Band, sehen die Organisation der Fabriken von unten, bekommen Einblick in die sozialen Verhältnisse, das häusliche Leben, die Arbeiterverbände. Köstlich ist seine Schilderung von der Stellungssuche und vom Leben im „boarding-house“, der „müdesterten Schlafstelle mit Verpflegung“. Vor allem aber lese man den Bericht vom Triumph der menschlichen Hand bei Ford, von der erstaunlichen Ueberwindung des Mechanismus in der mechanisierten Fabrik. Das Buch ist wie ein spannender Roman geschrieben und bedeutet doch unendlich viel mehr.

Unsere Abzeichen

An unserem Abzeichen soll man Dich als christlichen Gewerkschaftler erkennen. Du sollst es stets tragen, damit auch der fremde Kollege Vertrauen zu Dir haben kann und die Öffentlichkeit auch dadurch auf uns aufmerksam wird

Abzeichen für männliche Mitglieder
Preis 0,30 RM. einschließlich Porto
Abzeichen für Jubilare
mit christlichem Kranz
935 gestempelt, Preis 1,15 RM. einschließlich Porto

Brosche für weibliche Mitglieder
Preis 0,75 RM. einschließlich Porto

Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

| | |
|----------------------------|-------------|
| Bernh. Weber, Hannover | 21. 4. 1930 |
| Ant. Wiedemann, Regensburg | 7. 5. 1930 |
| Mich. Hartmann, Würzburg | 24. 6. 1930 |
| Gerb. Rings, Homburg | 27. 6. 1930 |
| Peter Bischof, Dortmund | 28. 6. 1930 |
| Hud. Zellner, Köln-Mülheim | 29. 6. 1930 |
| Mich. Keffeler, Stolberg | 30. 6. 1930 |

Die Kollegin:

| | |
|----------------------------|-------------|
| Brigitte Helmuth, Nürnberg | 25. 6. 1930 |
|----------------------------|-------------|

Ehre ihrem Andenken!